

Scott Walker, der Gouverneur des US-Bundesstaates Wisconsin, lässt den Gewerkschaften der Staatsbediensteten per Gesetz die Tarifhoheit und das Streikrecht nehmen.

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 047/11 – 14.03.11**

Dann holten sie die Gewerkschafter

Von William Rivers Pitt, Kolumnist

truthout, 10.03.11

(<http://www.truth-out.org/then-they-came-trade-unionists68363>)

An diesem Tag sollten wir uns an Martin Niemöllers Mahnung erinnern.

"Zuerst holten sie die Kommunisten," schrieb er, "und ich habe geschwiegen, weil ich kein Kommunist war. Dann holten sie die Gewerkschafter, und ich habe geschwiegen, weil ich kein Gewerkschafter war. Dann holten sie die Juden, und ich habe geschwiegen, weil ich kein Jude war. Dann holten sie mich, und es gab niemand mehr, der sich für mich hätte einsetzen können."

Ich bin ein Gewerkschafter, und gestern haben sie sich in Wisconsin aufgemacht, um mich zu holen. Sie werden auch dich holen. Sie werden jeden (sich wehrenden) Arbeiter in den USA holen, und sie hätten ihre Absicht nicht deutlicher machen können. Gouverneur Scott Walker hat zusammen mit den Koch Brothers (den einflussreichen Besitzern eines Energie- und Chemiekonzerns, s. <http://www.reuters.com/article/2011/02/26/us-usa-wisconsin-koch-idUSTRE71P28W20110226>) und den Rechtsradikalen in der Republikanischen Partei in aller Stille und mit schamlosen Tricksereien den staatlichen Bediensteten das Recht genommen, gleichberechtigt einen ausreichenden Lohn aushandeln zu können und Zugang zu einer menschenwürdigen Gesundheitsfürsorge zu haben.

Unter anderem erlaubt das verabschiedete Gesetz dem Staat (Wisconsin) jede/n zu entlassen, der an einem Streik teilnimmt (s. <http://motherjones.com/mojo/2011/03/wisconsin-walker-union-republican-senate-budget-bill><http://motherjones.com/mojo/2011/03/wisconsin-walker-union-republican-senate-budget-bill>). Die Geschichte des 20. Jahrhunderts wurde von Arbeitern geschrieben, die es wagten, den Polizeiknüppeln zu trotzen und für ihre elementaren Rechte zu kämpfen, und der Streik war ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Kampfes. Jeder beim Staat Wisconsin Arbeitende, der es wagt, sich seinem Chef zu widersetzen, riskiert seine Existenz – nicht nur seine eigene, sondern auch die seiner Familie. Die (Arbeiterrechte in den) USA wurden von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern erkämpft, die sich Schulter an Schulter dagegen zur Wehr setzten, dass nur die Reichen darüber bestimmen, was geltendes Recht ist. Diese erkämpften Arbeiterrechte stehen jetzt auf dem Spiel, und die (fatale) Entwicklung betrifft uns alle.

Für Fairness und Rechtsstaatlichkeit war in der heimtückischen Aktion am Mittwoch kein Platz (s. <http://tpmdc.talkingpointsmemo.com/2011/03/wis-senate-we-didnt-have-to-provide-notice-for-key-committee-meeting-on-union-bill.php?ref=fpa>). Dieser Schachzug geschah heimlich, ohne Bekanntmachung und ohne Vorankündigung, die nach den in Wisconsin geltenden Gesetzen vorgeschrieben sind, und das ist kennzeichnend für die Feiglinge und Kretins, die ihn zu verantworten haben. Ähnliche Anti-Arbeiter-Gesetze sind auch in Ohio, Indiana, Florida und mehr als einem Dutzend anderer Bundesstaaten in Vorbereitung. Die dafür Verantwortlichen behaupten, diese einschneidenden Maßnahmen seien aus wirtschaftlichen Gründen notwendig, aber die Übeltäter aus Wisconsin haben sich

verraten. Sie haben dafür gesorgt, dass in diesem Gesetz keinerlei Hinweise auf den Staatshaushalt enthalten sind, damit sie es mit einfacher Mehrheit verabschieden konnten; dabei wurde dieser gewerkschaftsfeindliche Angriff bisher immer damit begründet, dass die Tarifverhandlungen abgeschafft werden müssten, weil die Finanzsituation des Staates das erfordere. Aber indem sie jeden Hinweis auf Haushaltsprobleme aus dem Gesetz fernhielten, verrieten sie gleichzeitig, worum es ihnen eigentlich in erster Linie geht: um die Abschaffung der Tarifverhandlungen, um die langfristige Abschaffung aller Gewerkschaften und damit auch um die (finanzielle) Austrocknung der Demokratischen Partei.

Eric Kleefeld, ein hervorragende Reporter von Talking Points Memo / TPM (einer linken Website, s. http://en.wikipedia.org/wiki/Talking_Points_Memo), der selbst aus Wisconsin stammt, schrieb zu dem Schurkenstück Folgendes (der ganze Artikel ist aufzurufen unter <http://tpmdc.talkingpointsmemo.com/2011/03/wis-state-senate-passes-anti-union-bill-in-en-d-run-around-dem-boycott.php>):

Die Demokratische Partei in Wisconsin ist in einem Ausmaß, das in den meisten anderen Bundesstaaten nicht erreicht wird, eine echte Arbeiterpartei, die auch auf institutioneller Ebene mit den Gewerkschaften verflochten ist; viele ihrer Politiker hatten vorher Funktionen in den Gewerkschaften oder haben bei Gesetzgebungsverfahren mit den Gewerkschaften zusammengearbeitet und in wichtigen Debatten Standpunkte der Gewerkschaften vertreten. Die Demokraten konkurrieren (in Wisconsin) mit Republikanern, die vor allem die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne, der Chamber Group dieses Staates und der Vereinigung Wisconsin Manufacturers and Commerce, vertreten; bisher gab es also ein manchmal etwas bewegtes, aber weitgehend vorhersehbares politisches Wechselspiel.

Kurz gesagt, die Gewerkschaften in Wisconsin vertreten nicht nur die Interessen der bei ihnen organisierten Arbeiter – sie sind als politische Institutionen auch ein wesentlicher Bestandteil des Staates. Deshalb bedroht eine Änderung der Gewerkschafts-Gesetze dieses Staates nicht nur die Existenz der Gewerkschaften, sondern auch die Existenz der Demokratischen Partei in Wisconsin; das wissen die Menschen (in Wisconsin) seit über 50 Jahren – und darauf hat auch Scott Fitzgerald, der Führer der republikanischen Mehrheit im Senat Wisconsins, heute versehentlich hingewiesen.

Dass es dabei vor allem um Klassenkampf geht, wurde besonders in einem Telefongespräch deutlich, das (Gouverneur) Walker vor zwei Wochen mit dem Blogger Ian Murphy führte, der sich als David Koch (einen der Koch Brothers), also als Financier der Republikaner ausgab. In diesem Telefongespräch plauderte Walker aus, wie er die Demokraten durch das Scheinangebot neuer Verhandlungen austricksen wolle. Er brüstete sich auch damit, dass er den Ehrgeiz habe, die Gewerkschaften des Öffentlichen Dienstes ganz zu zerschmettern – und zwar im Stile des Präsidenten Ronald Reagan, der die streikenden Fluglotsen einfach entlassen hatte; außerdem habe er in Betracht gezogen, aber wieder verworfen, Unruhestifter in die Reihen der protestierende Beschäftigten einzuschleusen. Aber neben diesen Details ist vor allem folgender Aspekt erstaunlich: Der Gouverneur des Staates Wisconsin biedert sich bei einer Privatperson an, die er für einen der superreichen Geldgeber (der Republikaner) hält.

Ihr könnt von der Demokratischen Partei halten, was ihr wollt. Ich für meinen Teil habe viel an ihr auszusetzen, besonders an dem (demokratischen) Präsidenten Obama, der sich aus dem seit drei Wochen andauernden Kampf völlig herausgehalten hat, und an der schändlichen Einstellung des Weißen Hauses, der Kampf in Wisconsin sei "nur ein Ablenkungsmanöver".

Lassen wir den ganzen Parteienquatsch beiseite, denn es geht schließlich um einen Gouverneur, der Leute angreift, die nur ihren Lebensunterhalt verdienen wollen und die "Unverfrorenheit" haben, zu glauben, der gemeinsame Kampf um faire Löhne und eine ausreichende Gesundheitsfürsorge sei wichtiger als der Egotrip eines Gouverneurs mit politischen Ambitionen.

Tatsache ist, dass Gouverneur Walker einen Frontalangriff auf die Arbeiter in seinem Staat gestartet hat, weil reiche Konzernherren glauben, es genügen einfach zu sagen: "Ich will das so!" Macht keine Fehler, liebe Freunde. Das ist Klassenkampf. Das ist unverkennbar dreist, aber jetzt wissen wir wenigstens, was diese Herrschaften vorhaben. Sie haben so viel, aber sie wollen immer mehr. Es ist jetzt vollkommen klar, dass sie euch euren Lebensstandard, eure Rechte und alles, was ihr habt, wegnehmen wollen, damit sie das bekommen, was ihnen am wichtigsten ist: die absolute und totale Kontrolle über euch.

Pastor Niemöllers Mahnung ist Jahrzehnte alt. Heute müsste man sie etwas anders formulieren:

Zuerst billigten sie den Konzernen die gleichen Rechte wie den Menschen zu, und ich beklagte mich nicht, weil ich ja schon ein Mensch bin. (s. dazu auch http://en.wikipedia.org/wiki/Corporate_personhood)

Dann verschafften sie dem großen Geld "unbegrenzten Einfluss" und ich beklagte mich nicht, weil ich den amerikanische Traum träumte, der mich glauben lässt, das auch ich eines Tages reich sein werde.

Dann haben sie uns der Produktionsmittel beraubt, indem sie unsere größte Stärke – die Warenproduktion – in Länder verlegten, in denen sie sich nicht mit widerspenstigen Gewerkschaften herumschlagen müssen, und ich habe mich nicht beklagt, weil WalMart (eine US-Handelskette) deshalb die Waren so billig verkaufen kann.

Dann kauften sie den Kongress, damit sie die Gesetze selbst verfassen können, und ich habe mich nicht beklagt, weil ich jetzt nicht mehr zu wählen brauche.

Dann kauften sie das Oberste Gericht, damit sie ihr Recht selbst sprechen können, und ich habe mich nicht beklagt, weil ich keine Zeit hatte, mich auch noch darum zu kümmern.

Dann kauften sie die Medien, damit sie jedem einreden können, dass alles seine Richtigkeit hat, und ich beklagte mich nicht, weil das schon immer so war.

Dann fälschten sie die Wahl (George W. Bushs zum Präsidenten), und ich beklagte mich nicht, weil ich nicht in Florida wohnte.

Dann logen sie uns in Kriege, und ich beklagte mich nicht, weil ich kein Soldat, Iraker oder Afghane bin.

Dann starben Millionen für den Profit, und ich beklagte mich nicht, weil die Bilder in den Medien so furchteinflößend waren.

Dann fingen sie an, Leute einzusperrern, mit der Begründung, dass sie niemand daran hindern könne, und ich beklagte mich nicht, weil ich nicht eingesperrt wurde.

Dann fingen sie an, jeden auszuspionieren, mit der Begründung, das sei erlaubt, und ich beklagte mich nicht, weil ich ein echter Amerikaner bin.

Jetzt gehen sie auf die Arbeiter los, aber dank unserer kränkelnden angebotsorientierten Volkswirtschaft bin ich selbst schon lange arbeitslos.

Diese Wahrheiten sind doch allgemein bekannt.

Bald werden sie auch dich holen, denn sie sind unersättlich.

Steh auf!

Für dein Land, für deine Familie für dich selbst!

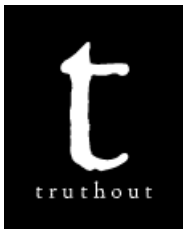
Steh endlich auf!

Verschaff dir Gehör!

Streike!

Auf geht's!

(Wir haben Text, der auch uns aufrütteln sollte, komplett übersetzt und mit zusätzlichen Links versehen. Mit dem Bekenntnis Martin Niemöllers haben wir uns schon einmal in einer LUFTPOST befasst, die nachzulesen ist unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_06/LP06706_180706.pdf . Auch über die gewerkschaftsfeindlichen Gesetzesänderungen in US-Bundesstaaten mit republikanischen Gouverneuren haben wir bereits unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_11/LP00711_120111.pdf berichtet. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)



Then They Came for the Trade Unionists

Thursday 10 March 2011

by: William Rivers Pitt, t r u t h o u t | Op-Ed

On this day, it behooves us to remember the words of Martin Niemoller.

"First they came for the communists," he wrote, "and I didn't speak out because I wasn't a communist. Then they came for the trade unionists, and I didn't speak out because I wasn't a trade unionist. Then they came for the Jews, and I didn't speak out because I wasn't a Jew. Then they came for me and there was no one left to speak out for me."

I am a trade unionist, and yesterday in Wisconsin, they came for me. They came for you. They came for every working person in America, and their intent could not be more clear. Governor Scott Walker, along with the Koch Brothers and the right-wing radicals of the Republican Party, moved in darkness and with shameless deceit to gut the ability of dedicated laborers to bargain on an equal footing for the right to earn a living wage and to have access to decent health care.

Among other things, the bill as passed allows the state to fire anyone who participates in a strike. The story of the 20th century was written by workers who dared to face the truncheon in order to fight for their basic rights, and the strike was integral to that struggle. Any

Wisconsin worker who dares to stand in defiance of The Bosses now faces personal annihilation, not just for themselves, but for their family. America was made in the struggle of union workers standing shoulder to shoulder in defiance of the idea that being rich means being right. That struggle is now in mortal peril, and the outcome affects all of us.

Fairness and the rule of law had no place in Wednesday's filthy action. This move was done in secret, without notice or announcement as required by Wisconsin law, and bears the stamp of the cowards and cretins who are responsible. Similar anti-worker legislation has been unfolding in Ohio, Indiana, Florida and more than a dozen other states. Those responsible claim such actions are necessary because of economic concerns, but the Wisconsin perpetrators tipped their hand. They stripped the bill in question of anything having to do with the state budget, so as to give them the chance to vote without a quorum...but the entire premise of their anti-union attack was that the destruction of collective bargaining was needed to salvage the state's financial situation. By gutting the bill of any semblance of budgetary issues, all they were left with is what they were after in the first place: the end of collective bargaining, the end of unions altogether, and by proxy, the end of the Democratic Party.

Eric Kleefeld, the excellent reporter for TalkingPointsMemo, and a Wisconsin native, exposed the endgame thusly:

The Democratic Party in Wisconsin is, to an extent that is not true in most other states, a genuine labor party -- a party that is intertwined with unions at the institutional level, with many politicians who have also been union officials or done legal work with unions, and which speaks for organized labor in key debates. They in turn compete with the Republican Party, which represents business interests as embodied by the state's Chamber group, Wisconsin Manufacturers and Commerce, in what has until now been a sometimes uneasy but nevertheless predictable political system.

In short, unions in Wisconsin are not just economic organizations made up of their respective workers - they are political institutions that are a major part of the state. As such, a change to the state's union laws that would threaten the existence of organized labor would in turn threaten the existence of the Democratic Party itself in Wisconsin, as people have known it for over half a century -- something that state Senate Majority Leader Scott Fitzgerald (R) may have accidentally alluded to earlier today.

On top of that, the class consciousness was especially ignited by Walker's phone call two weeks ago with blogger Ian Murphy, who was posing as Republican financier David Koch. During that call, Walker discussed his ideas for tricking the Democrats into coming back by pretending to negotiate, his ambition to bust the public employee unions in the mold of President Reagan firing the air traffic controllers, and that he had considered (but ruled out) planting troublemakers in the crowds of protesters. But beyond the specifics, the optics alone were amazing: The state's governor was seen buddying up to someone he believed to be a mega-rich donor from out of state.

Say what you will about the Democratic Party. For my part, I can say plenty, especially about President Obama's total absence during the three weeks this struggle has been going on, and about the White House's angry insistence that the fight in Wisconsin is merely "a distraction."

All Party nonsense aside, this is about a governor attacking people who work for a living, because they have the gall to believe standing together to fight for simple things like fair wages and basic health care is more important than a failing governor's ego or political aspirations.

The fact of the matter is that Governor Walker has unleashed a frontal assault on working people in his state because wealthy corporatists believe "Because I Say So" is enough. Make no mistake, friends. This is class warfare. It is brazen, unmistakable, and now out in the open. They have so much, but they want more. It has been made all too clear that they will gut your life, your rights, your everything, in order to get what they want, and what they want is absolute and total control.

Mr. Niemoller wrote his poem decades ago. It might read like this today:

First they declared corporations were "people," and I didn't complain because I'm already a person.

Then they made unlimited money "speech," and I didn't complain because the American Dream says I'll be rich someday, too.

Then they commandeered the means of production by shipping our greatest strength - manufacturing - overseas, because they don't have bothersome unions over there, and I didn't complain because WalMart has cheap stuff.

Then they bought Congress so they could write the laws, and I didn't complain because I can't be bothered to vote.

Then they bought the Supreme Court so they could cement their rule, and I didn't complain because I don't have time to pay attention.

Then they bought the news so they could convince everyone it's always been this way, and I didn't complain because it's always been this way.

Then they manhandled an election and I didn't complain because I'm not from Florida.

Then they lied us into wars and I didn't complain because I'm not a soldier, or an Iraqi, or an Afghani.

Then millions died for profit and I didn't complain because the graphics on the news were totally awesome.

Then they started locking people up because they said they could and I didn't complain because nobody locked me up.

Then they started spying on everyone because they said they could and I didn't complain because I'm a real American.

Then they came for the worker, but thanks to supply-side trickle-down economics, I don't have a job.

This truth is self-evident.

They are coming for you, and they are relentless.

Stand up.

For your country, for your family, for yourself.

Stand up.

Be heard.

Strike!

Go.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern